Protokoll

über die 21. Sitzung des Ausschusses für nachhaltige Stadtentwicklung und Feuerschutz am Dienstag, den 11. Februar 2025, 18:00 Uhr, im Rathaus, Sitzungszimmer 503, 5. OG, Marktplatz 13, 30880 Laatzen,

oder online unter
www.laatzen.de/de/gremien.html.

Anwesend:

vom Ausschuss für nachhaltige Stadtentwicklung und Feuerschutz

Schönecke, Silke	
Asendorf, Michael	
Flebbe, Hannelore	
Guder, Siegfried	
Haarmann, Ulrich	Online zugeschaltet
Melletat, Andrea	
Stuckenberg, Bernd	
Weissleder, Dirk	Online zugeschaltet
Zietz, Harald	
Picht, Rainer	
Ralf Wetzel	
Peter Hellemann	

Mitglieder mit beratender Stimme

Witt, Axel	
Kahle, Dr. Winfried	
Jörg, Peters	Feuerwehr

von der Verwaltung

Schröder, Hauke	
Schmidt, Jörg	
Melisa Ergel	Protokollantin

entschuldigt fehlen:

vom Ausschuss für nachhaltige Stadtentwicklung und Feuerschutz

Hosseini, Mona
Wetzel, Ralf
Hellemann, Karl-Peter

Mitglieder mit beratender Stimme

Tietze, Christina

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

2. Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen

3. Kenntnisnahme des Protokolls vom 26.11.2024

4. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 - Sichere Datenanbindung der Feuerwache Laatzen an die vorhandene LWL-Trasse der Stadt Laatzen

5. Umgestaltung Spielplatz Margeritenweg zum Begegnungsort
   - Antrag der Gruppe SPD - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - DIE LINKE im Ortsrat Laatzen

5.1. Umgestaltung Spielplatz Margeritenweg zum Begegnungsort
   - Antrag der Gruppe SPD - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - DIE LINKE im Ortsrat Laatzen
   - Geänderter Antrag

5.2. Umgestaltung Spielplatz Margeritenweg zum Begegnungsort
   - Antrag der Gruppe SPD - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - DIE LINKE im Ortsrat Laatzen
   - Geänderter Antrag
   - Stellungnahme der Verwaltung

6. Bericht über den Zustand der gesetzlich geschützten Biotope

7. Einführung eines Energiemanagements

8. Mitteilungen des Bürgermeisters

8.1. Entwicklung des Photovoltaik-Ausbaus in Laatzen

9. Anregungen und Wünsche aus dem Ausschuss

Nichtöffentlicher Teil

. noch zu Punkt 8

. noch zu Punkt 9

Öffentlicher Teil

zu Punkt 1:
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Schönecke eröffnet um 18:00 Uhr die 20. Sitzung des Ausschusses für nachhaltige Stadtentwicklung und Feuerschutz und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu Punkt 2:
Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen

Es gibt keine Fragen.

zu Punkt 3:
Kenntnisnahme des Protokolls vom 26.11.2024

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 4: 2025/001/2
Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 - Sichere Datenanbindung der Feuerwache Laatzen an die vorhandene LWL-Trasse der Stadt Laatzen

Beschlussvorschlag:
Im Haushaltsjahr 2026 werden 90.000 Euro für die Arbeiten zur Anbindung der Feuerwache Laatzen an die LWL-Trasse der Stadt Laatzen unter der Inv.-Nr. 32-090018A im Teilfinanzhaushalt 32, Budget Feuerwehrwesen veranschlagt.

Der Beschluss ist einstimmig angenommen.

zu Punkt 5: 2024/303
Umgestaltung Spielplatz Margeritenweg zum Begegnungsort
- Antrag der Gruppe SPD - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - DIE LINKE im Ortsrat Laatzen

Antrag:
Die Verwaltung möge ermitteln, mit welchem Aufwand und welchen Kosten eine Umgestaltung des Spielplatzes Margeritenweg zum Begegnungsort durchgeführt werden kann.

Der Antrag gilt als behandelt.

zu Punkt 5.1: 2024/303/1

Umgestaltung Spielplatz Margeritenweg zum Begegnungsort
- Antrag der Gruppe SPD - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - DIE LINKE im Ortsrat Laatzen
- Geänderter Antrag

Der Beschluss ist einstimmig angenommen.

zu Punkt 5.2: 2024/303/2
Umgestaltung Spielplatz Margeritenweg zum Begegnungsort
- Antrag der Gruppe SPD - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - DIE LINKE im Ortsrat Laatzen
- Geänderter Antrag
- Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Frau Flebbe spricht sich dagegen aus, den Bereich fürs Grillen zu nutzen oder eine Grillstation einzurichten. Herr Schmidt stellt klar, dass der Bereich formal ein Kinderspielplatz bleibt und keine Grillstation angedacht ist. Er weist zudem darauf hin, dass am 21. Februar eine Bürgerversammlung stattfindet, in der mit den Nutzerinnen und- Nutzern sowie Interessierten über mögliche Entwicklungen gesprochen werden soll.

Die Ortsratsmitglieder des Ortsrats Laatzen sollen kurzfristig noch einmal auf den Termin hingewiesen werden.

zu Punkt 6: 2024/328
Bericht über den Zustand der gesetzlich geschützten Biotope

Frau Flebbe erkundigt sich, ob die Zuckerteiche noch eine Schutzfunktion bei Hochwasser haben. Früher wurden in diesem Bereich Pumpen eingesetzt, doch seit Jahren führen die meisten Stapelteiche kein Wasser mehr und sie werden als Biotop geführt.

Herr Schröder erläutert, dass zur Entlastung des Regenrückhaltebeckens an der Meinecke Straße regelmäßig Wasser in den nordwestlichen Teich gepumpt wird. Diese steht jedoch nicht im Zusammenhang mit Hochwasserschutz, sondern dient der regelmäßigen Wasserzufuhr, um das Regenrückhaltebecken zu entlasten und um das Biotop zu erhalten. Diese Steuerung erfolgt über einen Schwimmer, der bei niedrigem Wasserstand eine Pumpe startet.

Herr Picht fragt, ob die mit Grasdorfer Holz bezeichneten Biotope im Mastbruchholz liegen und erläutert, dass das Mastbruchholz kein Naturschutzgebiet ist, sondern es sich lediglich um ein Landschaftsschutzgebiet handelt. Herr Schmidt recherchiert die Lage der angesprochenen Biotope und erläutert unter dem Tagesordnungspunkt „Anregungen und Wünsche“, dass es sich beim Grasdorfer Holz um Biotope in den Leineauen, nordwestlich des Beobachtungsturm handelt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 7: **2025/019**
Einführung eines Energiemanagements

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird damit beauftragt, in den kommenden zwei Jahren schrittweise ein Energie- und Umweltmanagementsystem einzuführen. Für den Aufbau und die Etablierung eines Energiemanagementkonzepts wird nach erfolgter Fördermittelbewilligung eine Dienstleistung vergeben, um die entsprechenden Arbeitsmethoden rund um die digitale Erfassung von Verbräuchen, die Bildung von Energiekennzahlen, die Implementierung des Gesamtablaufs in die bestehenden Software- und Verwaltungsstrukturen sowie ein System wiederkehrender Auditierungen zu etablieren. Daran anschließend wird im zweiten Schritt ein Umweltmanagementsystem eingeführt.

Herr Haarmann nimmt Bezug auf die Einführung des Energiemanagementsystems und weist darauf hin, dass in den Berichten des Klimamanagers aus den 2010er-Jahren bereits regelmäßig von Energiemanagement die Rede war. Er bittet um eine Erklärung, welche neuen Funktionen das aktuelle System bietet, die frühere Systeme nicht hatten.

Herr Schröder erklärt, dass die Einführung des neuen Energiemanagementsystems im Zusammenhang mit dem Energieeffizienzgesetz steht und gesetzlich gefordert ist. Dieses wurde bereits im Jahr 2023 verabschiedet und verpflichtet die Kommunen in den Folgejahren zu einer jährlichen Einsparung von 2 % der Endenergie. Für die Implementierung des Energiemanagementsystems werden Fördermittel genutzt. Mit diesem Beschluss ist es geplant, den Antrag bei der Region Hannover zu versvollständigen, so dass möglicherweise auch die derzeit noch verbleibenden 10 Prozent Eigenanteil durch Fördermittel der Region gedeckt werden können.

Herr Schröder führt weiter aus, dass mit einem Energiemanagementsystem innerhalb der nächsten drei Jahre ein ganzheitliches Instrument aufgebaut werden wird, mit dem energetische Weiterentwicklungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung gezielt identifiziert und dann in die Umsetzung gebracht werden können.
Herr Schröder betont, dass zu diesem Zweck ein professioneller Energiedienstleister hinzugezogen werden wird, um fachlich den Weg zu weisen. Dies soll in ein System mit regelmäßigen Audits münden, um die Umsetzung der Maßnahmen zu überprüfen. Zudem wird in diesem Kontext ebenso angestrebt, sukzessive auf intelligente Zähler (Smart Meter) umzusteigen, mit dem Ziel, zukünftig die Energiedaten zentral und automatisiert in die Energiesoftware zu überführen. Dadurch soll langfristig das operative Personal entlastet und ein jederzeit und digital verfügbarer Überblick über die Energieverbräuche gewährleistet werden.

Frau Melletat fragt, ob die Kosten für den externen Dienstleister zusätzlich getragen werden müssen oder ob diese durch die Fördermittel abgedeckt sind. Herr Schröder sagt, dass das Geld für den Dienstleister mit den Fördermitteln abgedeckt ist.

Der Beschluss ist einstimmig angenommen.

zu Punkt 8:
Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schröder berichtet, dass aufgrund der angespannten Wohnraumsituation in Laatzen und einer Häufung von Anträgen auf Nutzungsänderung von Wohnraum zu Ferienwohnungen / AirBnBs die Stadtverwaltung begonnen hat, einen Satzungsentwurf zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum zu erstellen. Das Landesgesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (NZwEWG) ermöglicht es der Stadt Laatzen, als Kommune mit angespanntem Wohnungsmarkt eine entsprechende Regelung zu treffen. Der Satzungsentwurf orientiert sich an den Bestimmungen des NZwEWG und die meisten Paragraphen sind aus dem NZwEWG übernommen worden. Eine entsprechende Satzung würde es verbieten, Wohnungen durch Zweckentfremdung dem Markt zu entziehen. In der Praxis liegt eine Zweckentfremdung vor, wenn der Wohnraum:

- Zu mehr als 50% für gewerbliche oder berufliche Zwecke verwendet wird
- Baulich derart verändert wird, dass er für Wohnzwecke nicht mehr geeignet ist
- Mehr als 12 Wochen im Kalenderjahr zur Fremdbeherbergung verwendet wird

Einige Änderungen zum Landesgesetz wurden in den Satzungsentwurf übernommen. So soll die klassische Messevermietung –Stichwort „Messemuttis“- weiterhin uneingeschränkt möglich sein. Eine Vermietung, während der Wohnraum weiterhin für seinen eigentlichen Zweck genutzt wird, ist uneingeschränkt möglich. Zurzeit wird der Entwurf auf seine juristische Richtigkeit geprüft. Auf Nachfrage erläutert Herr Schmidt, dass so eine Satzung vor allem diejenigen einschränkt, die regulär einen Antrag stellen, da solche Anträge dann abgelehnt werden können, während informelle Zweckentfremdungen meist nur durch Nachbarschaftsmeldungen aufgedeckt werden.

Herr Asendorf weist darauf hin, dass auf der Ostseite der Hildesheimer Straße vermehrt Wohnungen von mehreren Männern bewohnt werden, vermutlich Monteuren oder Arbeitern. Ein Indiz dafür sei, dass an den Klingelschildern statt Namen nur noch Nummern stehen – eine Beobachtung, die ihm auch der Postbote betätigt habe. Frau Melletat äußert Zweifel an der Kontrollierbarkeit der Regelung. Herr Schröder betont, dass sie wirksam sei, auch wenn es an der Personalkapazität für flächendeckende Kontrollen von Tür zu Tür fehle. Herr Picht weist darauf hin, dass trotz der Regelungen ein Bedarf an Unterkünften für Zeitarbeits- und Saisonkräfte besteht, da diese in der Region arbeiten und entsprechend untergebracht werden müssen. Frau Schönecke ergänzt, dass Monteure auch in genehmigten, gewerblichen Unterkünften unterkommen können, so dass regulärer Wohnraum nicht zweckentfremdet wird. Hinsichtlich der Umsetzung der Satzung betont sie, dass sie gegen die Einstellung zusätzlichen Personals zur Überprüfung dieser Regelungen ist.

Herr Schröder berichtet von dem gerade gestarteten Wettbewerb zur Entwicklung und dem Verkauf des Grundstücks Hildesheimer Str. 513, bei dem die Stadt Laatzen bis Ende März Investoren sucht. Frau Schönecke fragt, ob geplant ist, das Bauvorhaben über Erbpacht zu realisieren. Herr Schmidt antwortet, dass eine Prüfung dieser Möglichkeit erfolgt sei. Gespräche mit Interessenten hätten gezeigt,

dass Investoren ein geringes Interesse an Erbpachtmodellen haben. Daher habe man sich für die aktuelle Variante entschieden und der Rat hat das so im Winter 2023 beschlossen. Herr Schmidt bietet an mit dem Investor, der das Projekt nach dem Wettbewerb realisieren soll, zu sprechen, ob Erbpacht eine Option für ihn wäre. Eine Änderung wäre im gegenseitigen Einvernehmen möglich, jedoch im laufenden Verfahren nicht umzusetzen.

Herr Schröder teilt mit, dass Verkehrssicherheitsgründen und zum Schutz vor voranschreitendem Biberfraß 35 besonders schützenswerte und ortsprägende Bäume, insbesondere entlang von Spazierwegen und Plätzen, identifiziert wurden. Um mögliche Gefahren durch umstürzende Bäume zu vermeiden, sollen diese zeitnah mit Draht umwickelt werden. Herr Guder erkundigt sich, welche Maßnahmen im Naturschutzgebiet in der Masch ergriffen werden und ob die Bäume dort ebenfalls mit Draht geschützt werden. Herr Schröder erklärt, dass der Schutz der Bäume zunächst an Wegen und Plätzen mit einem hohen Fußgänger- bzw. Radfahrerverkehrsaufkommen erfolgen soll. Weiterführende Maßnahmen können bei Bedarf mit der Naturschutzbehörde abgestimmt werden.

zu Punkt 8.1: **2025/025**
Entwicklung des Photovoltaik-Ausbaus in Laatzen

Herr Weissleder erkundigt sich, ob sich aus den Photovoltaikanlagen ungefähr abschätzen lässt, wie viele Haushalte damit versorgt werden können. Herr Schmidt verweist darauf, dass der Energiemonitor von enercity diese Information anzeigt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 9:
Anregungen und Wünsche aus dem Ausschuss

Herr Kahle erkundigt sich nach dem Rohbau auf der Westseite der Hildesheimer Straße in der Nähe des aqua Laatziums, der seit zwei Jahren unvollendet ist. Er möchte wissen, ob es Informationen zur weiteren Nutzung oder Fertigstellung gibt. Herr Schmidt erklärt, dass seit dem Sommer gemeinsam mit dem Makler und dem Insolvenzberater ein Käufer gesucht wurde. Inzwischen gibt es jemanden, der das ursprüngliche Konzept umsetzen und das Projekt bis 2027 fertigstellen möchte. Er verweist auf einen aktuellen Zeitungsartikel in der HAZ Laatzen.

Herr Kahle merkt an, dass die Pflasterung vom Ausgang des Rathauses bis zum Übergang am Stadthaus stark uneben ist und insbesondere für ältere Menschen eine Herausforderung darstellt. Er fragt, ob eine Sanierung in diesem Bereich angedacht ist. Herr Schröder bestätigt seine Aussage und sagt, dass dort eine Ausbesserung des Weges geplant ist.

Frau Flebbe verweist auf das Hamburger Baumodell, das Baukosten um ein Drittel reduzieren kann. Sie bittet die Verwaltung, sich die entsprechenden Unterlagen einmal durchzulesen und zu prüfen, ob das Modell in Laatzen umsetzbar ist. Herr

Schröder bedankt sich für den Hinweis und sagt, dass die Verwaltung sich die Unterlagen genauer ansehen wird.

Herr Picht berichtet, dass er im Rahmen der Veranstaltung 'Pimp Your Town' von Jugendlichen in einem Interview darauf angesprochen wurde, ob er sich für einen Zebrastreifen am Übergang vom Stadthaus zum Erich-Kästner-Schulzentrum einsetzen kann. Herr Schmidt erklärt, dass in einer Straße auf der Tempo 30 gilt, kein Zebrastreifen eingerichtet werden kann. Stattdessen wurde im Rahmen des Ausbaus Marktstraße die Mittelinsel als Querungshilfe eingerichtet.

Antrag:

Die Verwaltung möge ermitteln, mit welchem Aufwand und welchen Kosten eine Umgestaltung des Spielplatzes Margeritenweg zum Begegnungsort durchgeführt werden kann.

Ende: 19:05 Uhr

Schönecke
Stellv. Vorsitzende

Schröder
Stadtrat

Ergel
Protokollführerin